

Gruppe 22 - Informationszentrum Asyl und Migration

Briefing Notes

17. Februar 2014

Irak

Kämpfe, Anschläge

Islamisten stehen offenbar vor der Eroberung einer weiteren Stadt im Nordirak. Berichten zufolge übernahm die Organisation Islamischer Staat im Irak und der Levante (ISIL) Teile von Sulaiman Bek in der Provinz Salah al-Din. Bei Anschlägen in verschiedenen Landesteilen wurden am 16.02.14 mindestens 17 Menschen getötet.

Pakistan

Anschläge

In der südpakistanischen Provinz Sindh wurden bei einem Bombenanschlag auf einen Passagierzug am 16.02.14 mindestens fünf Menschen getötet und über 30 verletzt.

In Peshawar (Provinz Khyber Pakhtoonkwa) starb bei einem Anschlag auf Helfer einer Impfkampagne ein Polizist.

Am 15.02.14 wurde ein Bombenanschlag auf eine Schule in Hangu (FATA, Federally Administered Tribal Areas) verübt. Ein Wachmann erlitt Verletzungen.

Bei einem Anschlag auf einen Polizeibus in Karachi (Provinz Sindh) wurden mindestens 13 Beamte getötet und mehr als 50 Personen verletzt.

Bisher bekannte sich niemand zu den Anschlägen.

Syrien

Syrien-Verhandlungen ohne Ergebnis beendet

Am 15.02.14 beendeten Syriens Regierung und Opposition die zweite Verhandlungsrunde in Genf ergebnislos. Die Opposition wollte hauptsächlich über die Bildung einer Übergangsregierung sprechen, die Regierung über die Terrorbekämpfung.

Waffenruhe für Homs verlängert

Die Waffenruhe für Homs wurde um zwei Tage bis zum 12.02.14 verlängert, damit mehr Bewohner in Sicherheit gebracht werden konnten. Es sollen ca. 1.200 bis 1.400 Menschen aus Homs geflohen sein, das seit 15 Monaten belagert wird. Ungefähr 200 Männer, darunter auch Jugendliche, die bei der Evakuierung von ihren Familien getrennt wurden, setzte die Regierung fest. Nach Angaben des Provinzgouverneurs Talal Barasi vom 15.02.14 sollen sie unterrichtet werden, um ihre „falsche Auslegung des Islam zu ändern“, und Hilfe zur Resozialisierung erhalten.

Humanitäre Situation

Nach Schätzungen der Vereinten Nationen sollen mehr als 250.000 Menschen in sog. Hungerenklaven wie Homs gefangen sein, vor allem in Aleppo, Deir ez-Zor sowie im palästinensischen Flüchtlingslager Yarmouk in Damaskus. Insgesamt wird von ca. 40 belagerten Gebieten gesprochen, deren Bewohner seit Monaten von Hilfslieferungen abgeschnitten sind. Valerie Amos, UN-Untergeneralsekretärin für humanitäre Angelegen-

heiten, geht davon aus, dass sowohl die Regierung als auch die Rebellen das Völkerrecht „ununterbrochen und schamlos“ verletzen. Die UN schätzen, dass von den ca. 22,5 Millionen Einwohnern, die Syrien vor Beginn der Kämpfe hatte, ungefähr zehn Millionen auf der Flucht sind. Rund sieben Millionen sollen sich im Land aufhalten, ca. 2,5 Millionen ins Ausland geflohen sein.

Libanon

Neue Regierung gebildet

Nach Meldungen vom 15.02.14 gelang dem designierten libanesischen Premierminister Tammam Salam ca. elf Monate nach dem Rücktritt seines Vorgängers Mikati die Bildung eines Kabinetts, dem Vertreter aller Parteien – mit Ausnahme der des früheren christlichen Milizenchefs Samir Geagea – angehören. Ein Konflikt zwischen dem sunnitischen „Bündnis 14. März“ von Saad Hariri und der schiitischen Hizbollah hatte bisher die Bildung einer neuen Regierung im Libanon verhindert. Vor allem der starke Druck aus dem Ausland, das einen Zerfall des Landes und ein Abgleiten in den Bürgerkrieg des Nachbarlandes Syrien verhindern wollte, brachte die Konfliktparteien dazu, sich zu einigen. Die 24 Ministerposten werden in Zukunft zu je einem Drittel von der Hizbollah und ihren Verbündeten (darunter der des Außenministers), dem Bündnis 14.März (u.a. der des Innenministers) und Vertrauten des Staatspräsidenten und des Drusenführers Walid Joumblatt (Dschumblatt) gestellt.

Iran

Pressefreiheit

Reporter ohne Grenzen (ROG) hat am 12.02.14 die aktuelle Rangliste der Pressefreiheit veröffentlicht. Darauf nimmt Iran Platz 173 (zuvor 175) ein. Zum Jahresende waren 50 Journalisten und Blogger in Haft. Die unverminderte Zensur zielt besonders auf Themen wie das Atomprogramm und die Unterstützung für die Regierung Syriens. Die ROG-Rangliste der Pressefreiheit vergleicht die Situation der Medien in 180 Staaten und Regionen für den Zeitraum von Dezember 2012 bis Mitte Oktober 2013

Trans- und Homosexualität

Dem Guardian zufolge leben in Iran nach offiziellen Statistiken zwischen 15.000 und 20.000 Transsexuelle. Inoffizielle Schätzungen gehen von bis zu 150.000 aus. Das Land hat nach Thailand die höchste Zahl an jährlichen Geschlechtsumwandlungen, hier lassen sich Menschen aus dem ganzen Nahen Osten operieren. Dies ist legal und wird trotz der restriktiven und streng überwachten Sexualmoral vom Staat gefördert. Bei einer positiven Entscheidung nach ärztlicher Examination übernimmt die staatliche Wohlfahrtsorganisation etwa die Hälfte der Kosten, die sowohl die Operation wie auch Hormontherapie und psychologische Betreuung beinhalten. Am Ende wird eine neue Geburtsurkunde ausgestellt. Schon Mitte der Achtziger Jahre hatte der damalige Revolutionsführer Ayatollah Ruhollah Chomeini dies in einer Fatwa so bestimmt. Chomeini hielt Transsexualität für eine Krankheit, ebenso wie Homosexualität, auf die nach wie vor die Todesstrafe steht. Dass das eine verboten wurde, das andere aber nicht, hat einen religiösen Grund. Denn im Koran wird die sexuelle Transformation nicht erwähnt, somit kann sie auch nicht als Sünde gelten. Homosexualität dagegen gilt dem Scharia-Strafrecht zufolge als „schändliche Tat“ (Hadd-Delikt; Art. 108-113 IStGB).

Jemen

Neue föderalistische Verfassung

Die künftige Verfassung soll einen föderalen Staat schaffen aus sechs Teilstaaten und dem Hauptstadtbezirk von Sanaa. Bis Ende des Jahres soll die Verfassung aufgrund der in einem nationalen Dialog beschlossenen Richtlinien ausformuliert sein. Die Herrschaft des Anfang 2012 gestürzten Präsidenten Ali Abdallah Saleh hatte bei weiten Teilen der Bevölkerung eine starke Ablehnung des Zentralismus hervorgerufen. Dem Präsidenten und seiner Verwaltung wurde Korruption auf Kosten der Provinzen vorgeworfen. Für Sanaa als Hauptstadt und Aden (früher Hauptstadt eines unabhängigen Südjemens) ist ein Sonderstatus vorgesehen. Die Neueinteilung sagt allerdings nichts über die Verteilung der Ressourcen unter den Regionen aus. Ob die neue Verfassung zu einer Beruhigung der innenpolitischen Situation führt, ist nicht absehbar. Die separatisti-

schen Kräfte in Südemen und die im Norden dominanten al-Houthi-Rebellen haben bereits ihren Widerstand gegen die neue Staatsform angekündigt. Kritisiert wird vor allem, dass die vorgesehene Einteilung historische, kulturelle und wirtschaftliche Bande zerschneide.

Gefängnisstürmung in Sanaa

Bei einem von außen unterstützten Gefängnisausbruch in der Hauptstadt Sanaa sind am 13.02.14 zehn Menschen (sieben Polizisten, drei Angreifer) getötet worden. 14 Häftlinge flohen, die meisten Angehörige des Netzwerks al-Qaida. Nach amtlichen Angaben sitzen rund 5.000 Häftlinge in dem Gefängnis ein.

Ägypten

Anschlag auf Touristen

Am Grenzübergang von Ägypten nach Israel im Badeort Taba auf der Halbinsel Sinai starben am 16.02.14 bei einem Bombenanschlag auf einen mit etwa 30 südkoreanischen Touristen besetzten Bus mindestens drei der Passagiere und der Fahrer. 13 Personen wurden verletzt. Die Reisenden waren unterwegs von Kairo nach Israel. Bisher bekannte sich niemand zu dem Verbrechen.

In den letzten Jahren gab es keine Anschläge auf Touristen. Zuletzt wurde im Jahr 2009 eine Französin in der Altstadt von Kairo bei einem Granatenangriff getötet. In den Jahren 2004 bis 2006 hatten Anschläge in den Badeorten im Süden der Sinai-Halbinsel zahlreiche Todesopfer unter Einheimischen und Touristen gefordert.

Türkei

Justizreform

In einer Debatte, bei der es zu Handgreiflichkeiten zwischen den Abgeordneten kam, wurde am 15.02.14 vom türkischen Parlament die umstrittene Reform des Justizapparats gebilligt. Die Regierung erhält größeren Einfluss bei der Ernennung von Richtern und Staatsanwälten. Die Neuregelung betrifft vor allem den Hohen Rat der Richter und Staatsanwälte (HSYK), der als unabhängiges Kontrollgremium für die Disziplinarkontrolle sowie die Ernennung und Beförderung von Richtern und Staatsanwälten zuständig ist. Das neue Gesetz überträgt wesentliche Befugnisse auf den Justizminister als Vorsitzendem des Gremiums.

Korruptionsaffäre

Die türkische Regierung hat im Zusammenhang mit der Korruptionsaffäre am 11.02.14 weitere Staatsdiener suspendiert. Nach türkischen Pressemeldungen wurden 166 Staatsanwälte und Richter auf Veranlassung des Hohen Rats der Richter und Staatsanwälte (HSYK) entlassen oder versetzt, darunter einige bekannte Staatsanwälte aus Istanbul, Ankara und Izmir. Nach Medienberichten wurden zudem die Polizeichefs von 27 Provinzen ausgetauscht und einige Mitarbeiter des Geheimdienstes versetzt. Seit die Justiz Mitte Dezember 2013 mit den Korruptionsermittlungen begonnen hatte, wurden nach einer Zählung der türkischen Medien bereits mehr als 6.000 Polizisten sowie Hunderte Richter und Staatsanwälte ihrer Posten enthoben.

Pressefreiheit

Nach der am 12.02.14 veröffentlichten Rangliste von „Reporter ohne Grenzen“ (ROG) hat sich die Türkei im Vergleich zum Vorjahr auf dem Gebiet der Pressefreiheit nicht verbessert. Innerhalb der 180 im „World Press Freedom Index“ beurteilten Staaten befindet sich die Türkei erneut auf Rang 154. Ende 2013 hätten zudem noch ca. 60 Journalisten in türkischen Gefängnissen gesessen, meist wegen ihrer Arbeit für prokurdische Medien oder wegen angeblicher Verbindungen zu Geheimorganisationen.

DR Kongo

Amnestie für M23-Rebellen

Staatspräsident Kabila verkündete am 12.02.13 eine Amnestie für die ehemaligen M23-Rebellen. Sie umfasst Aufstands- und Kriegshandlungen sowie politische Delikte, die auf dem Gebiet der DR Kongo bis zum 20.12.13, dem Tag der Annahme des Amnestiegesetzes durch die Regierung, begangen wurden. Ausge-

schlossen sind schwere Verbrechen wie Genozid, Verbrechen gegen die Menschlichkeit, Terror, Folter, sexuelle Gewalt, Kinderrekrutierung, Unterschlagung und Plünderung. Um die Amnestie in Anspruch nehmen zu können, müssen die Ex-Rebellen gegenüber der kongolesischen Regierung schriftlich erklären, dass sie künftig keine Handlungen begehen werden, die unter die Amnestieregelung fallen. Die M23-Rebellenorganisation war Anfang November 2013 von der Regierungsarmee, unterstützt durch die Interventionsbrigade der UN-Friedensmission im Kongo, militärisch besiegt worden. Knapp 1.300 Rebellen flüchteten über die Grenze nach Uganda, wo sie seither in einem Lager interniert sind.

Nigeria

Boko Haram: Massaker in Bundesstaat Borno

Am Abend des 15.02.14 attackierten mutmaßliche Anhänger der radikalislamischen Terrororganisation Boko Haram das Dorf Izghe (Gwoza LGA, nordöstlicher Bundesstaat Borno an der Grenze zu Kamerun) und töteten rund 90 Menschen.

Drei Tage vorher hatten die Terroristen bei Izghe neun Soldaten in einem Hinterhalt getötet.

Am Abend des 11.02.14 hatten Bewaffnete in Borno die Stadt Konduga (etwa 25 km südwestlich der Provinzhauptstadt Maiduguri) attackiert und über 30 Einwohner getötet. Zudem brannten sie mehrere Hundert Häuser, Schulen, ein Krankenhaus sowie die Zentralmoschee nieder. Die Attacke wird ebenfalls der Boko Haram zugeschrieben.

Eritrea

Rangliste der Pressefreiheit: Eritrea Schlusslicht

Nach der von „Reportern ohne Grenzen“ am 12.02.14 veröffentlichten Rangliste der Pressefreiheit nimmt Eritrea den 180. und damit zum siebten Mal in Folge letzten Platz ein. Zur Begründung wurde darauf hingewiesen, dass in der Diktatur von Präsident Issayas Afwerki das Recht auf Meinungsfreiheit nicht existiere. Derzeit befinden sich mehrere Reporter unter menschenunwürdigen Bedingungen in Haft, einige sogar seit mehr als zwölf Jahren.

Im September 2001 verbot die Regierung die private Presse. Seitdem kommt es immer wieder zu rechtsstaatswidrigen Verhaftungen von Journalisten.

Somalia

Terroranschlag auf Flughafen

Bei einem Selbstmordattentat auf den Flughafen von Mogadischu starben am 13.02.14 mindestens sieben Menschen, unter ihnen auch Sicherheitskräfte. Weitere Personen wurden verletzt. Der Täter soll mit seinem Fahrzeug bis vor das Flughafentor gefahren sein und die Explosion der Autobombe ausgelöst haben. Zum Anschlag bekannte sich die al-Shabaab.

Unterschlagung von Waffenlieferungen durch Regierungsmitglieder

Dem vertraulichen Bericht einer UN-Expertengruppe zufolge, die das 1992 gegen Somalia verhängte und 2013 mit Unterstützung der USA gelockerte Waffenembargo regelmäßig überprüft, verletze die Regierung von Präsident Hassan Sheikh Mohamud das Embargo systematisch. Zudem unterlaufe sie die Kontrollen. So sei ein hochrangiger Berater des Präsidenten von dessen Hawiye-Abgal-Clan in die Planung von Waffenlieferungen an einen ebenfalls dem Abgal-Clan angehörenden al-Shabaab-Führer verwickelt. Auch habe ein Minister der Regierung vom Hawiye-Clan Habr Gedir bei einem nicht angezeigten Waffengeschäft mit einem nicht genannten Golfstaat eine Rolle gespielt. Das Material sei nach Mogadischu geflogen und anschließend zu einem Privatbesitz gebracht worden. Der Verbleib von Schiffsladungen aus Dschibuti und Uganda habe nicht geklärt werden können.

Die Experten fordern, entweder das Embargo wieder vollständig herzustellen oder die Anzeige- und Berichtserfordernisse zu verschärfen.

Zentralafrikanische Republik

Ethnische Säuberungen

Nach Angaben von amnesty international sind Muslime Ziel von ethnischen Säuberungen. Die ausufernde Gewalt gegen Muslime könne von den internationalen Einsatzkräften im Land nicht verhindert werden.

In der Hauptstadt Bangui sind die islamischen Viertel so gut wie verwaist. Die meisten Muslime sind geflüchtet, ihre Geschäfte und Häuser wurden geplündert. Amnesty dokumentierte die Tötung von mindestens 200 Muslimen durch christliche Milizen. Hunderte muslimische Zivilisten, denen die Flucht nicht gelang, wurden getötet. In der Stadt Yaloké, im Nordwesten von Bangui, musste fast die ganze muslimische Bevölkerung (30.000 Menschen) fliehen.

Ein Massengrab wurde in einem Camp gefunden, das von muslimischen Rebellen genutzt wurde. Nach Angaben des Roten Kreuzes konnten die Opfer nicht identifiziert werden.

UN-Generalsekretär Ban Ki-Moon warnte vor einem Völkermord. Er forderte eine Aufstockung des französischen Kontingents und eine frühere Stationierung der geplanten EU-Truppe.

Das UN-Welternährungsprogramm WFP startete eine Luftbrücke aus Douala im Nachbarland Kamerun nach Bangui. Für einen Monat sollen 150.000 Flüchtlinge versorgt werden, zumeist in der Hauptstadt Bangui.

Die Präsidentin der Zentralafrikanischen Republik Samba-Panza will gegen militante Christen, die Muslime töten, massiv vorgehen.

Russische Föderation

Sicherheitslage im Nordkaukasus

Auseinandersetzungen in der Nordkaukasusregion forderten in den ersten zwei Wochen des Monats Februar 2014 insgesamt 14 Menschenleben. In Dagestan wurden neun Extremisten und in Kabardino-Balkarien ein Untergrundkämpfer getötet, drei Zivilisten starben in Tschetschenien und einer in Karatschajewo-Tscherkessien. Dagestan bildet weiter den Schwerpunkt der Kämpfe im Nordkaukasus. Hier fanden in den vergangenen fünf Jahren rund 70 % aller Anschläge und Attentate statt. In Inguschetien, Tschetschenien, Kabardino-Balkarien und Nordossetien gibt es wesentlich weniger terroristische Gewaltakte als in Dagestan. Kaum betroffen von Gewalt oder Anschlägen sind die zwei weiteren nordkaukasischen Republiken Adygien und Karatschajewo-Tscherkessien.

Ukraine

Lage leicht entspannt – Demonstranten räumen Kiewer Rathaus

Nach wochenlanger Besetzung hat die ukrainische Opposition am 16.02.14 mit der Räumung des Rathauses von Kiew begonnen und damit eine zentrale Forderung des umstrittenen Präsidenten Viktor Janukowitsch erfüllt. Allerdings wollen die Regierungsgegner bis auf Weiteres vor dem Rathaus bleiben und die Proteste gegen Janukowitsch weiterführen. Das Rathaus war am 01.12.13 von Demonstranten gestürmt worden, nachdem Sicherheitskräfte eine Studentendemonstration gewaltsam aufgelöst hatten. Es galt seitdem als „Hauptquartier der Revolution“ in der Ukraine. Auch in anderen Regionen im Westen der Ukraine zogen sich die Regierungsgegner am vergangenen Wochenende zurück. Janukowitsch hatte der Opposition eine Frist zur Räumung besetzter öffentlicher Gebäude und Plätze bis zum 17.02.14 gesetzt. Die Räumung der Gebäude ist die Bedingung, damit eine vor zwei Wochen beschlossene Amnestie für die während der Proteste festgenommenen Demonstranten in Kraft treten kann. Bereits am 14.02.14 hatten die Behörden alle inhaftierten regierungskritischen Demonstranten freigelassen. Ob die Strafverfolgung eingestellt wird, hängt jedoch davon ab, ob die Bedingungen nun rechtzeitig erfüllt werden.

China

Gewaltausbruch in Xinjiang

Nach offiziellen Angaben starben am 14.02.14 elf mutmaßliche Uiguren bei einem Angriff auf eine Polizeipatrouille in Wushi in der Präfektur Aksu (Uigurische Autonome Region Xinjiang). Demnach seien acht Angreifer, die Nachrichtenagentur Xinhua bezeichnete sie als Terroristen, von der Polizei erschossen wor-

den. Drei weitere seien gestorben, als Sprengsätze in ihrem Fahrzeug explodiert seien. Unter Berufung auf lokale Quellen berichtete Radio Free Asia von einer Ausgangssperre in dem Gebiet.

Nepal

Neuer Regierungschef

Drei Monate nach der Parlamentswahl ist in Nepal ein neuer Ministerpräsident gewählt worden. Am 10.02.14 erhielt der 75-jährige Sushil Koirala von der Partei Nepalesischer Kongress 405 von 553 Stimmen. Vorausgegangen waren langwierige Verhandlungen, bevor die Kongresspartei, die bei der Wahl zwar als stärkste Partei, jedoch ohne absolute Mehrheit hervorging, sich die Unterstützung der zweitstärksten Fraktion, der gemäßigten Vereinigten Marxistisch-Leninistischen Partei, sicherte.

Hauptaufgabe wird es sein, eine Verfassung auszuarbeiten, in der die endgültige Staatsform, das Regierungs- und Wahlsystem sowie die künftige föderale Gliederung festgelegt werden sollen. Das neue Grundgesetz sollte bereits 2010 vorliegen, doch Machtkämpfe zwischen den Parteien machten diese Aufgabe bislang unmöglich. Eine neue Verfassung ist erforderlich, nachdem ein zehnjähriger „Volkskrieg“ 2008 zum Sturz der Monarchie geführt hatte. Auch dringende wirtschaftliche Reformen konnten bislang nicht durchgesetzt werden. Wegen der Armut und hohen Arbeitslosigkeit verlassen jeden Tag rund 1.600 meist junge Menschen das Land.

Nordkorea

Verbrechen gegen die Menschlichkeit

Eine UN-Kommission wirft Nordkorea Verbrechen gegen die Menschlichkeit vor. In einjährigen Ermittlungen seien Beweise für solche Verbrechen gesammelt worden. Außerdem sollen Personen in Südkorea und Japan entführt worden seien. Die Kommission hatte mehr als 80 Personen in Seoul, Tokio, London und Washington öffentlich angehört.